

## Inhalt

<b>A. Bekanntmachungen des Landkreises</b>		
21 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit (Herstellung eines Regenrückhaltebeckens im B-Plangebiet Nr. 24 in Gehrde)	117	
22 Beschluss des Kreistages des Landkreises Osnabrück über den konsolidierten Gesamtabschluss für das Haushaltsjahr 2018	118	
23 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit	118	
<b>B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden und der Zweckverbände</b>		
88 Haushaltssatzung der <b>Gemeinde Menslage</b> für das Haushaltsjahr 2020	119	
89 Satzung über die Verringerung der Zahl der Ratsfrauen und Ratsherren in der Wahlperiode 2021 bis 2026 in der <b>Stadt Dissen am Teutoburger Wald</b>	120	
90 1. Satzung zur Änderung der Satzung der <b>Stadt Bad Iburg</b> über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 des Nds. Kommunalabgabengesetzes für straßenbauliche Maßnahmen (Straßenausbaubeitragssatzung) vom 25. Juni 1987	120	
91 Jahresabschluss der <b>Gemeinde Wallenhorst</b> für das Haushaltsjahr 2018		120
92 Satzung über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen, Auslagenersatz und Verdienstausschlag für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtlich tätige Funktionsträgerinnen und Funktionsträger in der Freiwilligen Feuerwehr der <b>Gemeinde Hilte am Teutoburger Wald</b>		121
93 Haushaltssatzung der <b>Gemeinde Bad Laer</b> für das Haushaltsjahr 2020		122
94 Prüfung des Jahresabschlusses 2018 des <b>Eigenbetriebes Bäderbetriebe Bad Rothenfelde</b>		123
95 Bekanntmachung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 114 „Sondergebiet Recycling Loheiden Knapp“ der <b>Gemeinde Hagen a.T.W.</b> , Landkreis Osnabrück		124
96 Bekanntmachung der Genehmigung der 36. Änderung des Flächennutzungsplanes der <b>Gemeinde Hagen a.T.W.</b> , Landkreis Osnabrück		124
97 3. Satzung zur Änderung der Satzung der <b>Gemeinde Glandorf</b> über Aufwandsentschädigung, Ersatz von Auslagen und Verdienstausschlag für ehrenamtlich Tätige vom 07.12.2016		125

### A. Bekanntmachungen des Landkreises

21

#### **Vorprüfung der Umweltverträglichkeit (Herstellung eines Regenrückhaltebeckens im B-Plangebiet Nr. 24 in Gehrde)**

Bei folgendem Verfahren wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gemäß § 7 nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. September 2017 (BGBl. I S. 3370) geändert worden ist, geprüft:

**Es wurde die Herstellung eines Regenrückhaltebeckens an einem Gewerbestandort im B-Plangebiet Nr. 24 in Gehrde beantragt.**

Nach der Vorprüfung ist eine UVP für das genannte Vorhaben aus den folgenden Gründen nicht erforderlich:

Besonders geschützte Gebiete sind von dem Vorhaben nicht betroffen. Denkmäler liegen nicht im Einwirkungsbereich. Das Vorhaben wirkt nicht mit anderen bestehenden oder zugelassenen Vorhaben zusammen. Es handelt sich bei der Vorhabenfläche um Betriebsgelände, so dass keine zusätzliche Fläche beansprucht wird. Emissionen fallen durch das Vorhaben nicht an. Das Vorhaben kollidiert nicht mit regional- und bauleitplanerischen Zielsetzungen. Das Landschaftsbild wird durch das vorhandene Gewerbegebiet geprägt. Das Vorhaben wird das Landschaftsbild nicht verändern. Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern sind aufgrund der geringen Auswirkungen nicht zu erwarten.

Das Regenrückhaltebecken wird durch ein geeignetes Drosselorgan keine hydraulische Überlastung des Gewässers her-

vorrufen, so dass Risiken von Störfällen und Unfällen ausgeschlossen werden können. Durch Installation von Absperrvorrichtungen wird eine stoffliche Belastung und somit Verunreinigung des Gewässers vermieden. Durch Vorklärung oder Abdichtung zum Grundwasser wird eine stoffliche Belastung des Grundwassers ausgeschlossen. Insgesamt sind die Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch daher unerheblich.

Der Boden wird auf einer Fläche von 0,2 ha beseitigt und wurde auf das nötige Mindestmaß begrenzt. Der zu beseitigende Bodentyp ist in der Umgebung noch auf weiteren großen Flächen vorhanden. Die Sohle des Regenrückhaltebeckens wird so hergestellt, dass die beseitigten natürlichen Bodenfunktionen wiederhergestellt werden. Unter der Voraussetzung, dass der Bodenaushub ordnungsgemäß entsorgt wird, sind keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Boden zu erwarten.

Die Vorhabenfläche liegt auf dem Betriebsgelände und verfügt über nahezu keine Vegetation. Trotz der naturfernen Ausbaumaßnahme wird sich die Natur auf die veränderten Bedingungen einstellen und insbesondere der semiaquatische Bereich neu entwickeln. Es sind insgesamt keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Tiere/Pflanzen/biologische Vielfalt denkbar.

Das Regenrückhaltebecken wird durch ein geeignetes Drosselorgan keine hydraulische Überlastung des Gewässers hervorrufen. Durch Installation von Absperrvorrichtungen wird eine stoffliche Belastung und somit Verunreinigung des Gewässers vermieden. Durch Vorklärung oder Abdichtung zum Grundwasser wird eine stoffliche Belastung des Grundwassers ausgeschlossen. Die Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser sind unerheblich.

Eine UVP ist nicht erforderlich.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

**Landkreis Osnabrück**  
 Fachdienst Umwelt  
 Die Landrätin  
 i. A. Olschewski

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 6, 31. März 2020

22

**Beschluss**  
**des Kreistages des Landkreises Osnabrück**  
**über den konsolidierten Gesamtabschluss für das**  
**Haushaltsjahr 2018**

Aufgrund des § 129 NKomVG hat der Kreistag in seiner Sitzung am 9. März 2020 folgenden Beschluss gefasst:

**Der Kreistag beschließt den konsolidierten Gesamtabchluss 2018 des Landkreises Osnabrück.**

**konsolidierte Ergebnisrechnung 2018 (verkürzte Darstellung):**

	Erträge	Aufwendungen	Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)
	€	€	€
ordentliches Ergebnis	644.807.070,30	640.535.019,94	4.272.050,36
außerordentliches Ergebnis	9.522.828,28	1.655.768,40	7.867.059,88
<b>Jahresergebnis</b>	<b>654.329.898,58</b>	<b>642.190.788,34</b>	<b>12.139.110,24</b>

**Ergebnisanteil anderer Gesellschafter 355.385,93 €**

**Konzernjahresergebnis 11.783.724,31 €**

**Gesamtbilanz des Landkreises Osnabrück zum 31.12.2018 (verkürzte Darstellung):**

	31.12.2017	31.12.2018		31.12.2017	31.12.2018
Aktiva	€	€	Passiva	€	€
1.1 Immaterielles Vermögen	134.164.148,69	139.708.323,88	2.1 Nettoposition	289.382.424,89	305.541.498,18
1.2 Sachvermögen	349.667.578,78	362.224.183,09	2.1.1 Basis-Reinvermögen	95.241.009,69	109.425.228,00
1.3 Finanzvermögen	81.691.002,81	93.762.089,95	2.1.2 Rücklagen	38.736.878,40	49.112.586,20
1.4 Liquide Mittel	46.657.123,10	30.942.628,71	2.1.3 Jahresergebnis	21.315.866,15	11.783.724,31
1.55 Aktive Rechnungsabgrenzung	13.934.615,72	13.659.330,37	2.1.4.1 Anteile an verb. Aufgabenträgern in Fremdbesitz	138.115,00	131.615,00
			2.1.4.2 Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	1.817.859,75	1.584.655,92
			2.1.4.1 Unterschiedsbetrag bei der Kapitalkonsolidierung	141.606.194,80	134.858.756,03
			2.1.5 Sonderposten	0,00	146.092,05
				132.132.695,90	133.357.596,70
			2 Schulden	99.176.483,76	93.263.587,41
			2.2.1 Geldschulden	67.528.066,61	61.664.965,14
			davon		
			2.2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	7.720.789,30	5.964.134,82
			2.2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	15.832.025,33	19.843.347,47
			2.2.4 Transferleistungen	1.729.598,12	1.349.551,20
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten	6.366.004,40	4.441.588,78
			2.3 Rückstellungen	218.181.836,11	225.650.646,29
			4 Passive Rechnungsabgrenzung	19.373.724,34	15.840.824,12
<b>Bilanzsumme</b>	<b>626.114.469,10</b>	<b>640.296.556,00</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>626.114.469,10</b>	<b>640.296.556,00</b>

Der Beschluss über den konsolidierten Gesamtabchluss für das Haushaltsjahr 2018 ist der Aufsichtsbehörde mit Schreiben vom 10. März 2020 mitgeteilt worden. Der vorstehende Beschluss wird hiermit gem. § 129 Abs. 2 NKomVG öffentlich bekannt gemacht.

Der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des konsolidierten Gesamtabchlusses 2018 des Landkreises Osnabrück und der konsolidierte Gesamtabschluss mit dem Konsolidierungsbericht liegen vom 1. April 2020 bis zum 9. April 2020 in der Zeit von 09:00 Uhr bis 12:00

Uhr (Mo.-Fr.) und von 13:30 Uhr bis 16:00 Uhr (Mo.-Do.) im Fachdienst 11.1 Finanzen und Controlling des Landkreises Osnabrück, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück, zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Osnabrück, den 10. März 2020

**Landkreis Osnabrück**  
 Die Landrätin  
 i. V. Bärbel Rosensträter  
 Erste Kreisrätin

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 6, 31. März 2020

23

**Vorprüfung**  
**der Umweltverträglichkeit**

Bei folgendem Bauvorhaben wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gem. § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Neufassung vom 24.02.2010 (BGBl. I S. 94) zuletzt geändert durch Art. 22 G vom 13.05.2019 (BGBl. I S. 706) geprüft.

Aktenzeichen: 11-vol-06144-19  
 Antragsteller: Heinrich Tebbe  
 Baugrundstück: Voltlage, Mühlenort 4  
 Gemarkung: Voltlage  
 Flur: 25  
 Flurstück(e): 42

**Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionschutzgesetz (BImSchG); Neubau eines Güllehochbehälters mit Zeltdach**

Herr Heinrich Tebbe plant die Errichtung eines Güllehochbehälters mit Zeltdachabdeckung in der Gemeinde Voltlage, Gemarkung Voltlage, Flur 25, Flurstück 42. Bei dem Standort des Vorhabens handelt es sich planungsrechtlich um Außenbereich.

Auf dem Betrieb Tebbe sind folgende Tierzahlen genehmigt: 3.106 Mastschweine. Daher war gemäß § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 UVPG i.V.m. Nr. 7.7.1 der Anlage 1 des UVPG eine allgemeine UVP-Vorprüfung durchzuführen. Die Prüfung hat aus folgenden Gründen ergeben, dass keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten sind, sodass keine UVP-Pflicht besteht.

Gemäß der Nr. 3 Anlage 3 des Gesetzes über Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVPG) sind die möglichen Auswirkungen eines Vorhabens auf die Schutzgüter zu beurteilen. Für die Schutzgüter Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, Fläche, Klima, Luft, Landschaft, kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter können erhebliche Umweltauswirkungen durch das geplante Vorhaben ausgeschlossen werden. Aufgrund der Zeltdachabdeckung wird das mögliche Maß an Emissionsminderung ausgeschöpft, sodass keine relevanten Emissionen zu erwarten sind. Zudem wird das Vorhaben auf der vorhandenen Betriebsfläche errichtet, sodass der geringstmögliche Flächenverbrauch (ca. 541 m<sup>2</sup>) entsteht. Es wird kein neuer Betriebsstandort erschlossen.

Zudem sind keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Boden zu erwarten, da keine Stoffeinträge im Vorhabenbereich erfolgen. Auch auf das Schutzgut Wasser sind keine erheblichen Auswirkungen zu erwarten, da der Mindestabstand zum Gewässer eingehalten wird. Der Abstand des Güllehochbehälters zum Gewässer beträgt mehr als 20 m, hier 30 m. Ebenso sind keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt zu erwarten, da keine empfindlichen oder wertvollen Bereiche überplant werden.

Es liegen insgesamt keine erheblichen Umweltauswirkungen vor.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, den 31.03.2020

**Landkreis Osnabrück**  
Die Landrätin  
Fachdienst Planen und Bauen  
i. A. Röwekamp

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 6, 31. März 2020

**B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden  
Samtgemeinden und der Zweckverbände**

88

**Haushaltssatzung  
der Gemeinde Menslage  
für das Haushaltsjahr 2020**

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes hat der Rat der Gemeinde Menslage am 16.12.2019 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

**§ 1**

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

**1. im Ergebnishaushalt**  
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1. der ordentlichen Erträge auf	1.820.719,00 €
1.2. der ordentlichen Aufwendungen auf	1.816.322,00 €
1.3. der außerordentlichen Erträge auf	0,00 €
1.4. der außerordentlichen Aufwendungen auf	0,00 €
1.5. Jahresergebnis	4.397,00 €

**2. im Finanzhaushalt**  
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1. der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.751.136,00 €
2.2. der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.697.765,00 €
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	53.371,00 €
2.3. der Einzahlungen für Investitionstätigkeit auf	79.130,00 €
2.4 der Auszahlungen für Investitionstätigkeit auf	1.725.200,00 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	1.646.070,00 €

2.5. der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	1.646.070,00 €
2.6. der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	56.312,00 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	1.589.758,00 €

festgesetzt.

Nachrichtlich:	
Gesamtbetrag der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	3.476.336,00 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	3.479.277,00 €
Saldo	2.941,00 €

**§ 2**

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden in Höhe von 1.646.070,00 € veranschlagt.

**§ 3**

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

**§ 4**

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 145.000,00 € festgesetzt.

**§ 5**

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	370 v.H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	370 v.H.
2. Gewerbesteuer	380 v.H.

**§ 6**

Gem. § 12 (1) Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung (KomHKVO) wird die Wertgrenze für Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung auf 85.000,00 € festgesetzt.

Menslage, den 16.12.2019

Kruse  
Bürgermeister

**Bekanntmachung der Haushaltssatzung**

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die nach § 120 Abs. 2 Nds. Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) erforderliche Genehmigung für den § 2 (Kreditermächtigung) ist durch den Landkreis Osnabrück am 28.02.2020 unter dem Aktenzeichen 11.3 Re erteilt worden.

Der Haushaltsplan liegt gem. § 114 Abs. 2 Satz 3 NKomVG in der Zeit vom 01.04.2020 bis einschließlich 17.04.2020 während der Dienststunden zur Einsichtnahme in der Gemeindeverwaltung Menslage, Hauptstr. 14, 49637 Menslage, öffentlich aus.

**Gemeinde Menslage**  
Der Bürgermeister  
Jürgen Kruse

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 6, 31. März 2020

89

**Satzung**  
**über die Verringerung der Zahl der**  
**Ratsfrauen und Ratsherren**  
**in der Wahlperiode 2021 bis 2026**  
**in der Stadt Dissen am Teutoburger Wald**

Aufgrund der §§ 10 und 46 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309), hat der Rat der Stadt Dissen am Teutoburger Wald in seiner Sitzung am 02.03.2020 folgende Satzung beschlossen:

**§ 1**  
**Allgemeines**

Gemäß § 46 Abs. 1 NKomVG beträgt die Zahl der zu wählenden Ratsfrauen und Ratsherren in Gemeinden mit 9 001 bis 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern 24. In Gemeinden mit 10 001 bis 11 000 Einwohnerinnen und Einwohnern beträgt die Zahl der zu wählenden Ratsfrauen und Ratsherren 26. Nach § 46 Abs. 4 NKomVG kann diese Zahl durch Satzung verringert werden.

**§ 2**  
**Verringerung der Zahl der**  
**Ratsfrauen und Ratsherren**

Für die Wahlzeit des Rates vom 01.11.2021 bis zum 31.10.2026 wird die Zahl der Ratsfrauen und Ratsherren um 2 bzw. um 4 auf 22 verringert.

**§ 3**  
**In-Außer-Kraft-Treten**

Diese Satzung tritt am 01.11.2021 in Kraft und am 31.10.2026 außer Kraft.

**Dissen am Teutoburger Wald, den 05.03.2020**

**Stadt Dissen am Teutoburger Wald**  
Der Bürgermeister  
Eugen Görnitz

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 6, 31. März 2020

90

**1. Satzung**  
**zur Änderung der Satzung der Stadt Bad Iburg**  
**über die Erhebung von Beiträgen nach § 6**  
**des Nds. Kommunalabgabengesetzes**  
**für straßenbauliche Maßnahmen**  
**(Straßenausbaubeitragssatzung)**  
**vom 25. Juni 1987**

Aufgrund der §§ 10, 11, 58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in Verbindung mit §§ 1, 2 und 6 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) – jeweils in den zurzeit geltenden Fassungen – hat der Rat der Stadt Bad Iburg in seiner Sitzung am 27.02.2020 folgende 1. Änderung der Straßenausbaubeitragssatzung beschlossen:

**§ 1**  
**Satzungsänderung**

Die Satzung der Stadt Bad Iburg über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 des Nds. Kommunalabgabengesetzes für straßenbauliche Maßnahmen (Straßenausbaubeitragssatzung) vom 25. Juni 1987 wird wie folgt geändert:

Nachfolgender § 6a wird eingefügt:

**§ 6a**  
**Wohngrundstücke an mehreren**  
**öffentlichen Einrichtungen**

- 1) Bei ausschließlich Wohnzwecken dienenden Eck- und anderen Mehrfrontengrundstücken, die an zwei oder mehrere gleichwertige öffentliche Einrichtungen im Sinne von § 1 Abs. 1 der Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Bad Iburg vom 25.06.1987 angrenzen, für die die Stadt Bad Iburg Trägerin der Straßenbaulast ist, wird der für die jeweilige öffentliche Einrichtung zu erhebende Beitrag durch die Anzahl der öffentlichen Einrichtungen, an die die Eckgrundstücke angrenzen, geteilt.
- 2) Die Ermäßigung bzw. die an den Eckgrundstücken ausfallenden Beiträge dürfen nicht zu einer Mehrbelastung der übrigen Anlieger führen, sondern gehen zu Lasten der Stadt Bad Iburg.
- 3) Die Regelung nach Abs. 1 gilt nicht, wenn ein Straßenausbaubeitrag nur für eine öffentliche Einrichtung erhoben wird und Beiträge für weitere öffentliche Einrichtungen weder nach dem geltenden Recht noch nach vergleichbaren früheren Rechtsvorschriften erhoben worden sind oder erhoben werden dürfen.
- 4) Die Regelung nach Abs. 1 gilt nicht für Eckgrundstücke mit einem Eckwinkel von mehr als 135 Grad.

**§ 2**  
**Inkrafttreten**

Diese 1. Änderungssatzung tritt mit dem Tage nach der Bekanntmachung im Amtsblatt des Landkreises Osnabrück in Kraft.

**Bad Iburg, den 27.02.2020**

**Stadt Bad Iburg**  
Annette Niemann  
Bürgermeisterin  
(Siegel)

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 6, 31. März 2020

91

**Bekanntmachung**  
**des Jahresabschlusses der Gemeinde Wallenhorst**  
**für das Haushaltsjahr 2018**

Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2018 wurde durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Osnabrück geprüft. Der Rat der Gemeinde Wallenhorst hat in seiner Sitzung am 12.03.2020 folgenden Beschluss zum Endergebnis gefasst:

**a) Ergebnisrechnung**

jeweils Gesamtbetrag

der ordentlichen Erträge	42.950.370,05
der ordentlichen Aufwendungen	38.078.521,64

<i>ordentliches Ergebnis</i>	<b>4.871.848,41</b>
------------------------------	---------------------

der außerordentlichen Erträge	627.653,17
der außerordentlichen Aufwendungen	0,00

<i>außerordentliches Ergebnis</i>	627.653,17
-----------------------------------	------------

<b>Jahresergebnis</b>	<b>5.499.501,58</b>
-----------------------	---------------------

**b) Finanzrechnung**

jeweils Gesamtbetrag

Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	41.014.370,91
--	---------------

Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	33.826.942,68
--	---------------

Saldo lfd. Verwaltungstätigkeit	7.187.428,23
---------------------------------	--------------

Einzahlungen für Investitionstätigkeit	1.633.588,70
Auszahlungen für Investitionstätigkeit	5.504.056,55

Saldo Investitionstätigkeit	-3.870.467,85
-----------------------------	---------------

Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	1.221.216,25

Saldo Finanzierungstätigkeit	-1.221.216,25
------------------------------	---------------

haushaltsunwirksame Einzahlungen	4.010.415,96
haushaltsunwirksame Auszahlungen	4.456.772,31

Saldo haushaltsunwirksame Vorgänge	-446.356,35
------------------------------------	-------------

Anfangsbestand Zahlungsmittel	3.797.021,74
Endbestand Zahlungsmittel	5.446.409,52

**c) Bilanz zum 31.12.2018**

**I. Aktiva**

1. Immaterielles Vermögen	6.588.243,51
2. Sachvermögen	117.438.572,02
3. Finanzvermögen	7.116.775,54
4. Liquide Mittel	7.446.409,52
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	<u>278.251,61</u>
	<b>138.868.252,20</b>

**II. Passiva**

1. Nettoposition	99.958.936,39
2. Schulden	22.336.990,20
3. Rückstellungen	16.429.877,00
4. Passive Rechnungsabgrenzung	<u>142.448,61</u>
	<b>138.868.252,20</b>

Der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von

4.871.848,41 € wird der Überschussrücklage für das ordentliche Ergebnis zugeführt. Der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 627.653,17 € wird der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Aufgrund des § 129 I 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes wird dem Bürgermeister die Entlastung für das Haushaltsjahr 2018 erteilt.

Ich gebe diesen Beschluss öffentlich bekannt.

Der Jahresabschluss 2018 und der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes liegen in der Zeit vom **01. April 2020 bis 15. April 2020** im Rathaus, Rathausallee1, 49134 Wallenhorst, Zimmer 2.30, zur Einsicht öffentlich aus.

Wallenhorst, den 13.03.2020

(Siegel) Steinkamp  
Der Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 6, 31. März 2020

92

**Satzung**

**über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen, Auslagenersatz und Verdienstausschlag für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtlich tätige Funktionsträgerinnen und Funktionsträger in der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Hilter am Teutoburger Wald**

Aufgrund der §§ 10, 11, 44 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKG) und der §§ 1, 2, 32 und 33 des Niedersächsischen Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistung der Feuerwehr (Niedersächsisches Brandschutzgesetz – NBrandSchG) vom 18.07.2012 in den jeweils gültigen Fassungen hat der Rat der Gemeinde Hilter am Teutoburger Wald am 19.03.2020 folgende Satzung beschlossen:

Hinweis:

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht.

**§ 1**

**Aufwandsentschädigung**

Die Aufwandsentschädigung der Ehrenbeamten und sonstigen ehrenamtlich tätigen Funktionsträger in der Freiwilligen Feuerwehr Hilter am Teutoburger Wald ist wie folgt festgesetzt:

	monatlich
a) Gemeindebrandmeister	185,-- €
b) Stellvertretender Gemeindebrandmeister	70,-- €
c) Ortsbrandmeister	
1. der Ortsfeuerwehr Hilter	95,-- €
2. der Ortsfeuerwehr Borgloh	85,-- €

d) Stellvertretender Ortsbrandmeister	
1. der Ortsfeuerwehr Hilter	50,-- €
2. der Ortsfeuerwehr Borgloh	45,-- €
e) Gerätewart	
1. der Ortsfeuerwehr Hilter	60,-- €
2. der Ortsfeuerwehr Borgloh	60,-- €
f) Atemschutzgerätewart	
1. der Ortsfeuerwehr Hilter	70,-- €
2. der Ortsfeuerwehr Borgloh	70,-- €
g) Gemeindejugendfeuerwehrwart	50,-- €
h) Sicherheitsbeauftragter der Gemeindefeuerwehr	45,-- €
i) Kleiderwarte beider Ortsfeuerwehren jeweils	40,-- €

## § 2

### Abgeltung der Auslagen und des Verdienstaufalles

- (1) Neben der nach § 1 gewählten Aufwandsentschädigung besteht kein Anspruch auf Ersatz der mit der ehrenamtlichen Tätigkeit verbundenen Auslagen (z.B. Fahrt- oder andere Reisekosten, Telefongebühren, Schreibmaterial, Auslagen).
- (2) Der durch Übungen, Einsätze, Brandwachen und Lehrgänge nachweislich entstandene Verdienstaufall wird nach § 32 Abs. 1 und 2 des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes erstattet.
- (3) Der Höchstbetrag des gem. § 33 des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes zu erstattenden Verdienstaufalles an selbständig und freiberuflich Tätige wird auf 25,-- € je Stunde, begrenzt auf 8 Stunden pro Tag, festgesetzt.
- (4) Der Höchstbetrag der gem. § 33 Abs. 2 des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes zu erstattenden Aufwendungen für die Betreuung eines Kindes, welches das 10. Lebensjahr nicht vollendet hat, wird auf 7,-- € je Stunde, begrenzt auf 8 Stunden pro Tag, festgesetzt.

## § 3

### Aufwandsentschädigungen bei Verhinderungen

- (1) Die Zahlung der Aufwandsentschädigung entfällt, wenn ein Funktionsträger ununterbrochen länger als 3 Monate verhindert ist, seine Aufgaben wahrzunehmen; Erholungsurlaub bleibt außer Betracht.
- (2) Nimmt der Vertreter die Funktion ununterbrochen (Erholungsurlaub bleibt außer Betracht) länger als 3 Monate wahr, erhält er für die daraus hinausgehende Zeit drei Viertel der für den Vertretenen festgesetzten Aufwandsentschädigung.  
Die für den Vertreter zu zahlende Aufwandsentschädigung ist anzurechnen.

## § 4

### Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung im Amtsblatt des Landkreises Osnabrück in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung über die Entschädigung für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtlich Tätige in der

Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Hilter am Teutoburger Wald vom 10.12.2009 außer Kraft.

Hilter a.T.W., 19.03.2020

**Gemeinde Hilter a.T.W.**

Der Bürgermeister  
Marc Schewski

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 6, 31. März 2020

93

## Haushaltssatzung der Gemeinde Bad Laer für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes vom 17.12.2010, zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309), hat der Rat der Gemeinde Bad Laer in der Sitzung am 27.02.2020 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

## § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

### 1. im Ergebnishaushalt

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1 der ordentlichen Erträge auf	15.654.400,-- Euro
1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf	15.531.900,-- Euro
1.3 der außerordentlichen Erträge auf	197.900,-- Euro
1.4 der außerordentlichen Aufwendungen auf	0,-- Euro

### 2. im Finanzhaushalt

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	14.809.800,-- Euro
2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	13.747.600,-- Euro
2.3 der Einzahlungen für Investitionstätigkeit auf	1.735.300,-- Euro
2.4 der Auszahlungen für Investitionstätigkeit auf	3.209.700,-- Euro
2.5 der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	1.094.400,-- Euro
2.6 der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	682.200,-- Euro

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag

- der Einzahlungen des Finanzhaushaltes 17.639.500,-- Euro
- der Auszahlungen des Finanzhaushaltes 17.639.500,-- Euro

## § 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 1.094.400,-- Euro festgesetzt.

### § 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 285.000,-- Euro festgesetzt.

### § 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 3.000.000,-- Euro festgesetzt.

### § 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgesetzt:

- |     |  |           |
|-----|--|-----------|
| 1.  | Grundsteuer  |           |
| 1.1 | für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) | 360 v. H. |
| 1.2 | für die Grundstücke (Grundsteuer B)                              | 360 v. H. |
| 2.  | Gewerbesteuer  | 390 v. H. |

### § 6

Für die Wirtschaftsführung des Eigenbetriebs „Wasserwirtschaft Bad Laer“ sind die Festsetzungen des am 27.11.2019 vom Rat beschlossenen Wirtschaftsplans für das Jahr 2020 maßgeblich. Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen beträgt 726.300,-- Euro und der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, die durch die Sonderkasse in Anspruch genommen werden dürfen, beträgt 400.000,-- Euro. Verpflichtungsermächtigungen sind nicht veranschlagt.

**Bad Laer, 27.02.2020**

**Gemeinde Bad Laer**  
Der Bürgermeister  
Tobias Avermann

(Siegel)

#### Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Die nach den §§ 119 Abs. 4, 120 Abs. 2 und 122 Abs. 2 sowie § 130 NKomVG erforderliche Genehmigung ist durch den Landkreis Osnabrück am 16.03.2020 unter dem Aktenzeichen "11.3-2020/000122 Tsch" erteilt worden.

Der Haushaltsplan und der Beteiligungsbericht liegen nach § 114 Abs. 2 Satz 3 in Verbindung mit § 151 NKomVG vom 01.04.2020 bis zum 09.04.2020 im Rathaus, Glandorfer Str. 5, Zimmer-Nr. 24, während der Öffnungszeiten zur Einsichtnahme öffentlich aus.

**Bad Laer, 16.03.2020**

**Gemeinde Bad Laer**  
Der Bürgermeister  
Tobias Avermann

### 94

#### **Prüfung des Jahresabschlusses 2018 des Eigenbetriebes Bäderbetriebe Bad Rothenfelde**

1. Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Osnabrück hat am 2. Januar 2020 eine mit einem Prüfungsergebnis versehene Ausfertigung des Prüfungsberichtes der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Klein, Dr. Mönstermann und Partner mbH, Osnabrück, über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2018 überreicht. Darin heißt es:

„Der Jahresabschluss entspricht in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Niedersachsen und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebes zum 31. Dezember 2018 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018.

Der Lagebericht vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichtes geführt hat.

Ergänzende Bemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes nach § 34 Abs. 1 Satz 3 EigBetr-VO sind nicht erforderlich.“

**Osnabrück, 2. Januar 2020**

**Rechnungsprüfungsamt  
des Landkreises Osnabrück**

(Siegel)

i. A. Sonja Göhler

2. Der Rat hat in seiner Sitzung am 19. Dezember 2019 folgenden Beschluss gefasst:

„Der vorgelegte Jahresabschluss und der Prüfungsbericht für das Jahr 2018 werden genehmigt. Der Betriebsleitung wird für das Jahr 2018 Entlastung erteilt. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 464.449,77 € wird gegen das Eigenkapital gerechnet.“

3. Gemäß § 36 der Eigenbetriebsverordnung (EigBetrVO) werden die Beschlüsse über den Jahresabschluss, über die Entlastung der Betriebsleitung sowie über die Behandlung des Jahresergebnisses, der Bestätigungsvermerk und die Bemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Der Jahresabschluss, der Lagebericht und die Erfolgsübersicht liegen in der Zeit vom 1. April 2020 bis einschließlich 9. April 2020 zur Einsichtnahme im Kurmittelhaus, Frankfurter Str. 3, 49214 Bad Rothenfelde, Finanzabteilung (Ostflügel, EG, Raum 66), öffentlich aus.

**Eigenbetrieb Bäderbetriebe Bad Rothenfelde**

Rehkämper

Betriebsleiter

(Siegel)

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 6, 31. März 2020

95

**Bekanntmachung  
des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes  
Nr. 114 „Sondergebiet Recycling Loheiden Knapp“  
der Gemeinde Hagen a.T.W., Landkreis Osnabrück**

Der Rat der Gemeinde Hagen a.T.W. hat in seiner Sitzung am 27. Februar 2020 den Bebauungsplan Nr. 114 „Sondergebiet Recycling Loheiden Knapp“, bestehend aus der Planzeichnung, der Begründung und den textlichen Festsetzungen mit örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Der Geltungsbereich liegt in der Gemeinde Hagen a.T.W., östlich der Straße Loheiden Knapp. Er umfasst dort die Flurstücke 7, 21, 23, 24, 25, 26/1, 29 und 30/3 sowie in Teilen die Flurstücke 3/4, 19/2 der Flur Nr. 2, Gemarkung Hagen. Der Geltungsbereich hat eine Größe von ca. 1,8 ha.

Der Geltungsbereich ist aus der nachstehenden Übersichtskarte ersichtlich.



Der Beschluss der Gemeinde Hagen a.T.W. wird hiermit gem. § 10 Abs. 3 S. 1 BauGB ortsüblich bekannt gemacht.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 114 „Sondergebiet Recycling Loheiden Knapp“ einschließlich Begründung liegt ab sofort bei der Gemeindeverwaltung Hagen a.T.W., Schulstraße 7, 49170 Hagen a.T.W., Zimmer-Nr. 20, während der Öffnungszeiten zu jedermanns Einsicht aus. Jedermann kann über den Inhalt des Bebauungsplanes auch Auskunft verlangen.

Mit dieser Bekanntmachung tritt der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 114 „Sondergebiet Recycling Loheiden Knapp“ gem. § 10 Abs. 3 S. 4 BauGB in Kraft.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 215 Abs. 1 BauGB eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Hagen a.T.W. unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2 a BauGB beachtlich sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 des Baugesetzbuches über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Hagen a.T.W., 31.03.2020

**Gemeinde Hagen a.T.W.**

Der Bürgermeister  
Gausmann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 6, 31. März 2020

96

**Bekanntmachung  
der Genehmigung der 36. Änderung  
des Flächennutzungsplanes  
der Gemeinde Hagen a.T.W., Landkreis Osnabrück**

Die am 27.02.2020 vom Rat der Gemeinde Hagen a.T.W. beschlossene 36. Änderung des Flächennutzungsplanes ist vom Landkreis Osnabrück mit Verfügung vom 16.03.2020 – AZ: FD6-80-01110-20 6.3-20.-36-2020 gemäß § 6 Baugesetzbuch (BauGB) genehmigt worden.

Der Änderungsbereich der 36. Flächennutzungsplanänderung liegt in der Gemeinde Hagen a.T.W., südwestlich der Straße Loheiden Knapp. Der Geltungsbereich hat eine Größe von ca. 1,8 ha.

Der Geltungsbereich ist der Übersichtskarte zu entnehmen.





Die genehmigte 36. Änderung des Flächennutzungsplanes liegt mit der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung gemäß § 6 BauGB ab sofort bei der Gemeindeverwaltung Hagen a.T.W., Schulstraße 7, 49170 Hagen a.T.W., Zimmer-Nr. 20, während der Öffnungszeiten zu jedermanns Einsicht aus. Jedermann kann über den Inhalt des Flächennutzungsplanes auch Auskunft verlangen.

Mit dieser Bekanntmachung wird die 36. Änderung des Flächennutzungsplanes gemäß § 6 BauGB wirksam.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 215 Abs. 1 BauGB eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Hagen a.T.W. unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2 a BauGB beachtlich sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 des Baugesetzbuches über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Hagen a.T.W., 31.03.2020

**Gemeinde Hagen a.T.W.**  
Der Bürgermeister  
Gausmann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 6, 31. März 2020

97

### **3. Satzung** **zur Änderung der Satzung der Gemeinde Glandorf** **über Aufwandsentschädigung, Ersatz** **von Auslagen und Verdienstausschlag** **für ehrenamtlich Tätige vom 07.12.2016**

Aufgrund der §§ 10, 44 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 300), hat der Rat der Gemeinde Glandorf in seiner Sitzung am 05.03.2020 folgende Änderungssatzung beschlossen:

#### **Artikel I**

§ 2 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

Außerdem erhält jedes Ratsmitglied für die Teilnahme an den Fraktionssitzungen, jedoch höchstens 20 im Jahr, ein Sitzungsgeld in Höhe von 17,00 Euro.

#### **Artikel II**

Diese Änderungssatzung tritt rückwirkend zum 01.01.2020 in Kraft.

Glandorf, 05.03.2020

(Siegel) **Gemeinde Glandorf**  
Dr. Heuvelmann  
Bürgermeisterin

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 6, 31. März 2020

